



WARTEN AUF DIE ENERGIEWENDE

Es war ein in weiten Teilen verlorenes Jahr für die Energiewende. Leider muss das Urteil ein Jahr nach dem Energiegipfel so harsch ausfallen. Die Voraussetzungen für ein Gelingen waren gut: Nach der Atomkatastrophe von Fukushima gab es große Einigkeit, die Energiewende endlich auch in Hessen voran zu bringen. Aber Schwarz-Gelb scheint doch noch nicht verstanden haben, um was es geht.

FERNZIELE ERSETZEN KEINE KONKRETEN MASSNAHMEN

Das Zukunftsenergiengesetz, das die schwarz-gelbe Landesregierung jetzt vorgelegt hat, zeigt aber leider: Diese Regierung ist für einen Aufbruch nicht bereit. Was Schwarz-Gelb vorgelegt hat, taugt vielleicht als Grobentwurf,



Rainer Sturm / pixelip.de

um die wichtigsten Eckpunkte mit Experten zu diskutieren. Es taugt aber nicht, um in Hessen die Energiewende voranzubringen.

Es reicht nicht, ein Fernziel für die CO₂-Reduzierung für das Jahr 2050 festzulegen, wir brauchen klare Zwi-

schenschritte. Kommende Generationen dürfen nicht mit den Absichtserklärungen von heute allein gelassen werden.

EIN NEUES ENERGIESYSTEM

Bouffier und seine Minister benennen immer nur die Probleme. Das reicht nicht. Es geht um nichts weniger als um die Errichtung eines neuen Energiesystems. Eine Regierung ist dazu da, diese Herausforderung anzupacken, sonst ist sie fehl am Platz. Für Hessen bedeutet das jetzt, in einem ersten Schritt zwei Prozent des Landes Hessen als Vorrangfläche für die Windenergie zur Verfügung zu stellen. Denn die Bereitstellung von genügend Windenergie ist der Dreh- und Angelpunkt der Energiewende.

WIR WÄHLEN DEN NOVEMBER

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie zügig den Wahltermin für die kommende Landtagswahl festlegt und sich für einen Termin im November 2013 entscheidet. Alle rechtlichen und sachlichen Gründe sprechen dafür. In der Koalition angestellte Überlegungen, die Wahl erst im Januar 2014 stattfinden zu lassen, sind unserer Meinung nach rechtlich nicht

haltbar. Das ist auch das Ergebnis eines Rechtsgutachtens zur Terminfrage, das Frau Prof. Dr. Ute Sacksofsky, für die SPD und uns erstellt hat.

PARTEITAKTIK GEGEN RECHT UND VERNUNFT

Ein Wahltermin im Januar 2014 würde zwangsläufig dazu führen, dass die alte Landesregierung über die Legislaturperiode hinaus im Amt bliebe. Damit würde eine quasi für den Notfall gedachte Ausnahmeregelung aus der Beliebigkeit parteitaktischer Überlegungen in Anspruch genommen. Das ist rechtlich nicht zulässig.

Auch eine Zusammenlegung mit der Bundestagswahl lehnen wir GRÜNE

ab. Denn dann hätten wir die Situation, dass ein neuer Landtag zwar gewählt, aber der alte Landtag noch vier Monate bis zum Ablauf der Legislaturperiode am 18. Januar im Amt ist. Es ist niemandem zu vermitteln, warum eine Wahlentscheidung nicht auch zeitnah Auswirkungen hat.

Wir appellieren an die Landesregierung neben der Beachtung der rechtlichen Kriterien auch auf religiöse Fragen sowie ganz praktische Überlegungen Rücksicht zu nehmen. So sollte die Landtagswahl nicht auf einen Adventssonntag, nicht auf den Volkstrauertag, den Totensonntag oder in die Ferien gelegt werden. Deshalb wählen wir den November.

AUS DEM INHALT

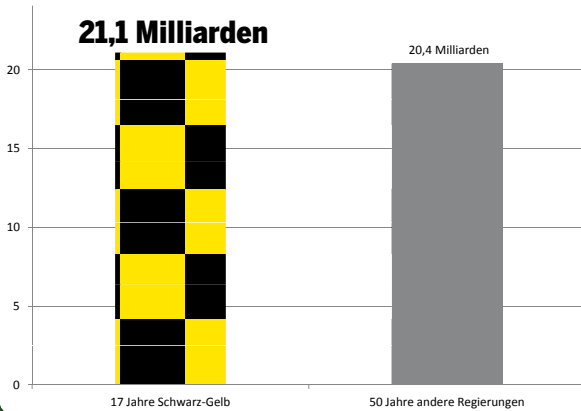
Landeshaushalt	S. 2
GRÜNE Hessen Blog	S. 3
Vergabegesetz	S. 3
Konzept Soziale Gerechtigkeit	S. 4
Konzept Hochschulen	S. 6
Konzept Kommunen	S. 7



SCHWARZ-GELBER OFFENBARUNGSEID

Haushalt 2013/2014 trauriger Höhepunkt - Mit Grün wird's besser!

In einigen Kreisen hält sich bis heute hartnäckig das Gerücht, konservative Regierungen könnten besonders gut mit Geld umgehen. Die Verschuldungspolitik der hessischen Landesregierung aus CDU und FDP, die mit dem nun vorgelegten Haushaltsentwurf für 2013/2014 ihren traurigen Höhepunkt erreicht, sollte nun eigentlich auch dem oder der Letzten die Augen öffnen: Schwarz-Gelb ruiniert Hessen.



Schwarz-Gelb hat in 17 Jahren mehr Schulden produziert als andere Regierungen in 50 Jahren.

Während sieben Bundesländer 2011 Schulden abgebaut haben, sind die Schulden Hessens und der hessischen Kommunen in demselben Jahr um 7,3 Prozent gestiegen. 2013 will die schwarz-gelbe Landesregierung 5,9 Prozent des Haushalts über neue Schulden finanzieren, womit Hessen die zweithöchste Kreditfinanzierungsquote aller Flächenländer, abgesehen vom Saarland, aufweist. Selbst durch unseriöse und schädliche Bilanz-Tricksereien wie das Aussetzen der Einzahlung in die Versorgungsrücklage für Beamtinnen und Beamte kann der Haushalt nicht mehr schön gerechnet werden. Sie unterstreichen vielmehr, dass die Politik der Regierung Bouffier teilweise bereits Züge einer ‚Nach uns die Sintflut‘-Einstellung annimmt.

GRÜNE KONZEPTE GEGEN VERSCHULDUNGSPOLITIK

Dem konzeptlosen schwarz-gelben Verschuldungskurs haben wir auf unserer Haushaltsklausur im Oktober gegenfinanzierte Vorschläge gegenübergestellt, mit denen die Neuverschuldung reduziert und gleichzeitig wichtige Investitionen in Angriff genommen werden können.

Eine Möglichkeit zur Sanierung des Haushaltes sehen wir unter anderem

in der Intensivierung der Steuerfahndungs-Maßnahmen. Die gegenwärtige schwarz-gelbe Landesregierung macht hier keinerlei Anstalten, sondern wettet vielmehr immer wieder gegen andere Landesregierungen, wenn diese Steuersünden konsequent nachgehen.

Diese Maßnahmen

wollen wir ergänzen durch die Einführung eines Wasser-Cents, die Beschränkung der Straßenbauausgaben auf Mittel zur Sanierung und schrittweisen Reduzierung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 40 Stunden pro Woche. Insgesamt würden unsere Haushaltsanträge trotz Mehrausgaben in Schwerpunktbereichen zu einer Reduzierung der Neuverschuldung um rund 230 Millionen im Jahr 2013 und 285 Millionen im Jahr 2014 führen.

Auf Bundesebene fordern wir die Rücknahme der Ausnahmeregelungen bei der Umsatzsteuer, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent sowie eine generelle Ökologisierung der Steuerpolitik.

ENERGIEWENDE UND UMWELTSCHUTZ

Der inhaltlichen Perspektivlosigkeit des schwarz-gelben Haushaltsentwurfes setzen wir klare Schwerpunkte entgegen.

Wir wollen endlich die verschleppte Energiewende voranbringen und für den Umbau des Energiesystems 2013 und 2014 insgesamt 35 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen. Auch im Umweltschutz sehen wir Investitionsbedarf. Neun Millionen Euro wollen wir für den Gewässerschutz einsetzen und in Hessen eine Hygiene-Ampel installieren, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher wissen woran sie sind.

BILDUNG UND STÄRKUNG DER KOMMUNEN

Neben der Energiewende setzen wir in unserem Haushaltskonzept den zweiten Schwerpunkt beim Thema Bildung. Wir wollen die versprochene 105prozentige Lehrerversorgung erreichen, wofür wir 95 Millionen Euro zusätzlich einplanen. Darüber hinaus müssen aus unserer Sicht insgesamt 85 Millionen Euro in die Schaffung der „Neuen Schule“, den Ausbau der Ganztagschulen und zur Bewältigung des gegenwärtigen „Studierendenbergs“ investiert werden.

Akuter Bedarf nach zusätzlichen finanziellen Mitteln herrscht aber auch bei den Kommunen. Hier wollen wir den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) 2013 um 170 Millionen Euro anheben sowie eine grundlegende Reform des KFA durchsetzen.

Weitere Informationen zur schlechten Finanzpolitik von Schwarz-Gelb: <http://gruenlink.de/dum>



DISKUSSION IM NETZ - DAS GRÜNE HESSEN BLOG

Nachdem wir schon vor einiger Zeit unsere Webseite neu gestaltet haben erweitern wir unsere Angebote im Netz nun durch ein Blog. Mit diesem zusätzlichen Instrument wollen wir die Menschen in Hessen noch besser informieren und ihnen weitere Wege eröffnen, unkompliziert direkten Kontakt mit Abgeordneten aufzunehmen und über aktuelle Fragen zu diskutieren.

NEUES FORUM ZUR INFORMATION UND DISKUSSION

In dem Blog haben Abgeordnete, Mitglieder des Landesvorstands sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit ergänzend zum bisherigen Angebot Beiträge zu den unter-

schiedlichsten Themen zu veröffentlichen. Dabei schreiben die Autoren immer aus ihrer persönlichen Sicht, die auch nicht immer der Meinung der Partei oder Fraktion entsprechen muss.

Bisher haben wir schon mit Pressemitteilungen, parlamentarischen Initiativen, Beschlüssen und Reden ein breites Informationsangebot im Internet präsentiert. Nun wollen wir einen Schritt weiter gehen. Wir wollen mit dem Blog ein Forum zur Information und Diskussion schaffen, aber auch Blicke hinter die Kulissen des politischen Betriebes ermöglichen.

Im November haben sich unter anderem Kai Klose mit einem Kommentar zu Bouffier und dem Berliner Kreis

und Tarek Al-Wazir mit seiner erneuten Parteiratskandidatur auf dem Blog zu Wort gemeldet.

EIN EXPERIMENT

Mit unserem neuen Blog starten wir ein Experiment und wir hoffen auf eine rege Beteiligung. Im Hessischen Landtag sind wir die erste Fraktion, die ein solches Blog startet. Und auch bundesweit finden sich wenige Fraktionen oder Parteien, die in Zeiten jenseits des Wahlkampfes so konsequent den direkten Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen.

Übrigens: Wir sind auch auf Facebook und bei Twitter präsent. Einfach mal rein klicken und immer aktuell mit Informationen versorgt sein.

FAIRER UND TRANSPARENTER WETTBEWERB

Hessen braucht ein neues Vergabegesetz. Das alte, noch von der CDU-Alleinregierung beschlossene Gesetz kann wegen Konflikten mit dem Europarecht nicht angewandt werden. Hessen braucht endlich ein Vergaberecht, das dem Europarecht entspricht und den aktuellen Anforderungen an öffentliche Auftragsvergaben genügt. Wir fordern deshalb von der Landesregierung, endlich ihren Sonderweg zu verlassen, und sich an dem zu orientieren, was im Bund und in vielen anderen Ländern bereits üblich ist.

NICHTS ALS SALBUNGSVOLLE WORTE

Der Entwurf, den CDU und FDP vorgelegt haben, genügt diesen Ansprüchen nicht. Wirkungslose Absichtserklärungen und salbungsvolle Worte sollen darüber hinweg täuschen, dass hier eigentlich nichts ist. Wir haben

konkrete Vorstellungen, was sich in Hessen ändern muss.

MINDESTLOHN UND ÖFFENTLICHE AUSSCHREIBUNGEN

Unser Gesetzentwurf sieht vor, dass Unternehmen, die für Landesbehörden oder Kommunen arbeiten, in Zukunft einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde zahlen müssen. Hessen schließt damit endlich zu jenen acht Bundesländern auf, in denen bereits ein Mindestlohn in gleicher oder ähnlicher Höhe gilt.

Im Gesetzentwurf ist außerdem berücksichtigt, dass sich die Anforderungen an das Vergaberecht in den letzten Jahren ständig weiterentwickelt haben. Um für fairen Wettbewerb zu

sorgen und auch neuen Unternehmen eine Chance zu geben, wollen wir die öffentliche Ausschreibung als Standardverfahren bei der Auftragsvergabe durch Landesbehörden oder Kommunen durchsetzen.

Größtmögliche Transparenz sorgt zusätzlich dafür, dass Korruption begrenzt und fairer Wettbewerb erst möglich wird. Deshalb beinhaltet der Gesetzentwurf, dass die Veröffentlichungspflichten der bundesrechtlichen Vergabeordnungen

auch als Standard für Hessen übernommen werden. Dazu gehört auch, dass als unzuverlässig aufgefallene Unternehmen zentral erfasst werden, damit sie für weitere öffentliche Aufträge gesperrt werden können.



Mehr Transparenz ist gefordert

Dieter Schütz / pixelio.de

**KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER**

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Freiheit und Teilhabe für alle Hessinnen und Hessen

Hessen ist eines der reichsten Bundesländer - und dennoch gibt es große Defizite bei der sozialen Gerechtigkeit. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist trotz guter Konjunktur mit mehr als einem Drittel der Arbeitssuchenden erschreckend hoch. Knapp zwölf Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund verlassen hessische Schulen ohne Abschluss und damit ohne echte Chancen auf Teilhabe in der Gesellschaft. Diese Beispiele zeigen: Hessen braucht eine neue Sozialpolitik mit neuen Ideen.

SCHWARZ-GELBER STILLSTAND

Von der aktuellen Landesregierung ist der große sozialpolitische Wurf nicht zu erwarten. Schwarz-Gelb ist der Prototyp des sozialpolitischen Nichtstuns. Mit drastischen Einschnitten im Landeshaushalt 2004 hat die Landesregierung den Anspruch auf echte Sozialpolitik bereits aufgegeben - und diesen Fehler seither nicht korrigiert. Dieser ungerechten Untätigkeit haben wir unser Konzeptpapier „Soziale Gerechtigkeit - Freiheit und Teilhabe für alle Hessinnen und Hessen“ gegenübergestellt.

ARMUT VERHINDERN

Arme Menschen leiden neben materiellen Entbehrungen auch unter geringeren Bildungschancen. Deshalb gehört die Armutsbekämpfung als zentraler Bestandteil zu einer ermöglichenden Sozialpolitik. Insbesondere kinderreiche Familien und Familien mit alleinerziehenden Eltern sind von Armut betroffen. Das ist ein Missstand, den wir dringend beheben müssen. Wir wollen einen Ausbau von Bildung und Betreuung, die Unterstützung der

Kommunen bei der Schuldnerberatung und eine Neustrukturierung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramme des Landes.



CHANGENGERECHTIGKEIT BILDUNG ALS SCHLÜSSEL

Die Schlüsselrolle bei der Verhinderung von Armut und der Schaffung von Gerechtigkeit spielt für uns die Bildung. Sie entscheidet maßgeblich über Lebenschancen und damit über die Möglichkeit zur Teilhabe in unserer Gesellschaft. Wir sehen Bildung daher als zentrales öffentliches Gut, das allen Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder sozialem Status der Eltern zugänglich sein muss. Um das GRÜNE Ziel der Chancengerechtigkeit zu erreichen, wollen wir die frühkindliche Bildung verbessern und ausbauen. Insbesondere Kinder von Eltern deren Muttersprache nicht Deutsch ist, aber auch viele Kinder aus deutschsprachigen Elternhäusern bekommen so bessere Möglichkeiten, ihren Bildungsweg ohne sprachliche Benachteiligungen anzutreten. Aber auch bei der Ausbildung und Betreuung von Jugendlichen gibt es unserer Überzeugung nach viel zu tun. Hier wollen wir vor allem die Beteiligungsrechte Jugendlicher ausbauen und im Rahmen der kommunalen Jugend-

arbeit mehr Jugendhilfeangebote schaffen.

DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL AKTIV GESTALTEN

In unserem Konzept plädieren wir dafür, dass die Trends und Entwicklungen in den Regionen Hessens endlich offen benannt werden, denn nur dann können wir den demografischen Wandel sozial gestalten. Besonders im ländlichen Raum stehen große Aufgaben vor uns, ein „weiter so“ ist keine Option. Einige Ortsteile und Gemeinden müssen gezielt gefördert werden, während andernorts ein Rückbau vorgenommen werden kann.

Um auch älteren Menschen echte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen wollen wir uns auf Bundesebene für eine Rentenpolitik einsetzen, die es allen erlaubt, in Würde zu altern. Vor Ort wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern Wohnformen entwickeln, die individuellen Wünschen und Bedürfnissen gerecht werden und auch pflegebedürftige Menschen in die Lage versetzen, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

KOMMUNEN STÄRKEN

Letztendlich entscheidet sich in den Kommunen vor Ort, ob Teilhabe gelingt. Das Land muss Ziele setzen und Rahmenvorgaben machen, die Kommunen müssen diese konkret umsetzen. Wir fordern daher eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, die mit den zahlreichen Herausforderungen der modernen Gesellschaft nicht allein gelassen werden dürfen.

Das gesamte Konzept unter:

<http://gruenlink.de/bp9>



30 JAHRE GRÜNE IM LANDTAG und alle feiern mit

Der weltweit erste grüne Minister, das erste Ausstiegskonzept aus der Atomkraft und die gelungene Abschaltung aller hessischen Atomanlagen, Investitionen in rund 60 000 Kinderbetreuungsplätze während grüner Regierungszeit und während dieser 30 Jahre stellten wir GRÜNEN in jeder Legislaturperiode die jüngste Fraktion.

ZEIT GENUTZT

Dank unserer GRÜNEN Frauenquote stellten wir immer die meisten weiblichen Abgeordneten und obwohl Opposition zwar nicht Mist, aber eben doch nur die zweitbeste Option ist,

haben wir auch die Zeit abseits der Regierungsbank genutzt, um durch eine von Konzepten getragene Oppositionsarbeit Standards zu setzen.

Das alles und noch viel mehr haben wir anlässlich des 30 jährigen Bestehens der GRÜNEN Fraktion im Hessischen Landtag am 5. Oktober gebührend gefeiert. Eingeleitet wurde die Veranstaltung im Foyer des Landtags von Tarek Al-Wazir, der in seiner Begrüßungsrede die wichtigsten Stationen und Erfolge der GRÜNEN Fraktion noch mal Revue passieren ließ. Anschließend überprüfte Moderatorin Daniela Cappelluti in einem

Quiz die Kenntnisse grüner hessischer Landtagsanekdoten. Zwei aus alten Kämpfen und Jungen Grünen zusammengesetzte Teams duellierten sich und zeigten sich bewandert in Sachen Doppel-Vierer und Kugelfischabkommen. Nachdem sich dann alle bisherigen Landtagsfraktionen noch mal auf der Bühne versammelt hatten, gaben sie diese schließlich frei für den Höhepunkt des Abends: Der bejubelte Auftritt der Rodgau Monotones. Vom Auftakt über den Horror „Unter den Wolken“ bis zur letzten Zugabe gaben sie Vollgas und hinterließen schließlich ein euphorisiertes Publikum.



Fotos Helmut Seuffert, Frankfurt



ZUGANG FÜR ALLE

GRÜNES Hochschulkonzept für Hessen

Unser Hochschulkonzept für Hessen weist den Weg zu zukunftsfähigen Universitäten und Fachhochschulen, die möglichst vielen Menschen Bildungschancen eröffnen und geschlechtergerechte, faire Arbeitsbedingungen schaffen.

Um unsere Ziele zu erreichen, müssen wir die Finanzierung der Hochschulen verbessern und die in Teilen missglückte Bologna-Reform in Zusammenarbeit mit den Unis reformieren. Die Möglichkeiten der Fachhochschulen in der Forschung müssen ausgebaut und der akademische Mittelbau aus den oftmals prekären Beschäftigungsverhältnissen befreit werden. Außerdem ist es dringend notwendig mehr Geschlechtergerechtigkeit zu schaffen, damit mehr Frauen in der Wissenschaft arbeiten.

STUDIENPLÄTZE AUSBAUEN

Im Gegensatz zur Landesregierung, die beabsichtigt, den Hochschulzugang aktiv zu begrenzen, wollen wir möglichst vielen Menschen die Chance auf ein Studium ermöglichen. Deshalb wollen wir ab 2014 zusätzlich 15.000 Studienplätze schaffen und die Rahmenbedingungen verbessern: Bezahlbarer Wohnraum ist insbesondere im hochpreisigen Rhein-Main-Gebiet, aber auch in anderen hessischen Uni-städten, knapp und auch in der Kinderbetreuung sehen wir dringenden Verbesserungsbedarf.

RUNDER TISCH ZU BOLOGNA

Die Bologna-Reform hat zu einigen pro-

blematischen Entwicklungen geführt und ihre zentralen Ziele nicht erreicht. Deshalb wollen wir zunächst einen runden Tisch mit Land und Hochschulen einrichten.

Unsere Ziele bei der Reform der Reform sind vor allem ein Ausbau der Masterstudienplätze und eine Überarbeitung der Bachelorstudiengänge hin zu einer besseren Berufsvorbereitung und einem entzerrten Studium mit weniger Prüfungsdruck.

Momentan erweist sich der Bachelorabschluss oft als nicht ausreichend berufsqualifizierend. Deutlich mehr Absolventen drängen in die Masterstudiengänge als Plätze vorhanden sind. Wir brauchen mehr Masterstudienplätze sowie Bachelorstudiengänge, deren Lehrinhalte stärker auf die Berufsvorbereitung ausgerichtet sind. Außerdem wollen wir die Spezialisierung der Studiengänge reduzieren um die Mobilität der Studierenden zu erhöhen - ein ursprüngliches Ziel der Bologna-Reform.

STÄRKUNG DER FORSCHUNG

Die Bologna-Reform hat es den Fachhochschulen ermöglicht, forschungsorientierte Masterstudiengänge anzubieten. Wir wollen die Forschung an den Fachhochschulen durch die Einrichtung eines Promotionskollegs der forschungsstarken Fachbereiche der Fachhochschulen stärken.

Das Landesprogramm LOEWE zur Unterstützung der Forschung an Universitäten und Fachhochschulen wollen wir fortfüh-

KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER

ren und um Anreize ergänzen, gesellschaftliche Kernaufgaben, wie etwa im Bereich des nachhaltigen Wirtschaftens und der erneuerbaren Energien, stärker zu berücksichtigen.

FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

Auch die Rolle der Hochschulen als Arbeitgeber spielt in unserem Konzept eine große Rolle. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse, die in einer Ausschussanhörung deutlich wurden, müssen abgeschafft werden. Der akademische Mittelbau, der die Hauptlast angesichts der steigenden Studierendenzahlen trägt, muss Dauerarbeit statt Kettenbefristungen sowie Perspektiven für einen weiteren Verbleib an der Universität erhalten. Wir brauchen mehr Juniorprofessuren und eine vielseitigere Förderung von Promovierenden.

KONSEQUENTE FRAUENFÖRDERUNG

Obwohl schon länger mehr Frauen als Männer studieren, sind Frauen in der Wissenschaft weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Deshalb fordern wir Quoten bei der Besetzung von Professuren, fachbereichsspezifische Zielpäne bei der Personalentwicklung aber auch ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Auch in den oberen Etagen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der deutschen Forschungsgemeinschaft wollen wir den Frauenanteil erhöhen. Unzureichende Rahmenbedingungen dürfen nicht dazu führen, dass Hessen in der Forschung Talente verliert.

Das gesamte Konzept unter:

<http://gruenlink.de/ddb>





KOMMUNALKONZEPT

Die Kommunen als Motor der gesellschaftlichen und ökologischen Erneuerung

Selbstverwaltung stärken, Finanzen ins Lot bringen, Bürgerbeteiligung ausbauen und sozialen Zusammenhalt sichern - das sind die Schwerpunkte, unseres Konzeptes für Hessens Kommunen.

Gerade in den Kommunen erleben die Bürgerinnen und Bürger die Auswirkungen öffentlicher Entscheidungen unmittelbar. Deshalb brauchen wir handlungsfähige Kommunen, deren Selbstverwaltung mehr ist als die Verwaltung von Mangel. Die Kommunen brauchen finanzielle Freiräume, um selbst entscheiden und Neues auf den Weg bringen zu können.

SELBSTVERWALTUNG

Kommunale Selbstverwaltung kann nur mit der nötigen finanziellen Ausstattung und einem Ausgleich zwischen armen und reichen Kommunen gelingen. Damit Städte und Gemeinden ihre Aufgaben in Zukunft angemessen wahrnehmen und notwendige Handlungsspielräume zurückgewinnen können, muss der Kommunale Finanzausgleich (KFA) grundlegend neu ausgerichtet werden. Wir wollen die Fehlbelegungsabgabe wieder einführen, damit wieder Geld für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung steht.

Auf Bundesratsebene soll sich das Land stärker als Anwalt der hessischen Kommunen engagieren. Insbesondere eine grundlegende Reform der Umsatzsteuer muss unserer Ansicht nach auf die Agenda. Die Gewerbesteuer muss zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickelt werden, die die Verbindung zwischen Kommunen und lokalen Unterneh-

men stärkt. Die Grundsteuer soll so reformiert werden, dass sie mehr Steuergerechtigkeit und eine ökologische Lenkungswirkung beinhaltet.

MEHR BÜRGERBETEILIGUNG

Um Bürgerentscheide zu erleichtern, sollen die Quoren nach der Größe der Kommunen gestaffelt werden. Es reicht nicht, nur die Einleitungsquoren zu staffeln, auch die Zustimmungsquoren müssen so gestaltet werden, dass Bürgerentscheide auch in großen Städten erfolgreich sein können.

Auf Landkreisebene wollen wir das



Instrument des Bürgerentscheids neu einführen. Durch einen Einwohnerantrag sollen Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren Anträge stellen können. Durch Jugendforen, projektbezogene Arbeit und Demokratiewerkstätten an den Schulen wollen wir GRÜNE Kinder und Jugendliche stärker einbinden. Außerdem fordern wir auf kommunaler Ebene das Wahlrecht ab 16.

DIGITALE DEMOKRATIE

Wir wollen das Internet nutzen, um die Bürgerinnen und Bürger stärker zu beteiligen. Das Land soll daher alle Kommunen darin unterstützen, Internetplattformen mit den wichtigsten Informationen bereit zu stellen. Dazu gehören die wichtigsten Satzungen

KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER

und Unterlagen der Gemeinde sowie deren Ausschüsse, Öffnungszeiten und Kontakte der wichtigsten Einrichtungen sowie An-, Ab- und Ummeldemöglichkeiten oder das Buchen von Kitaplätzen über das Internet.

MOTOR DER ENERGIEWENDE

Bei der Energiewende kommt den Kommunen eine besondere Rolle zu, denn ein großer Teil der CO₂-Emissionen kann vor Ort beeinflusst werden. Wir GRÜNE fordern eine Stärkung der Kommunen gegenüber den Energiekonzernen, um die Rekom-

munalisierung der Stromnetze zu erleichtern und die Stellung der Stadtwerke zu verbessern. Auch sollen sie mehr Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Betätigung bekommen. So können wir Eigenstromerzeugung aus erneuerbaren Energien, die energieeffiziente Kraftwärmekopplung sowie eine klima-

freundliche Nahwärmeversorgung ausbauen. Kommunen sollen gekoppelt an den Ausbau der erneuerbaren Energien vor Ort Ökostrom anbieten und Energiesparberatung voran treiben können. Wie in anderen Bundesländern wollen wir auch in Hessen einen Anschluss- und Benutzerzwang an ein Netz der öffentlichen Nah- und Fernwärmeversorgung zum Zweck des Klima- und Ressourcenschutzes ermöglichen. Durch eine Anpassung der Bauordnung sollen Kommunen einige Brennstoffe untersagen oder bestimmte Heizungsarten vorschreiben können.

Das gesamte Konzept unter:

<http://gruenlink.de/dra>



KONZEPTE-TOUR ENDET NACH 6200 KILOMETERN

Gestartet wurde das Unternehmen Konzepte-Tour 2012 am 20. August in Bad König, der letzte Tourtag fand am 3. November in Gießen statt. In der Zwischenzeit haben unsere 17 Abgeordneten an 28 Tourtagen 6200 Kilometer zurückgelegt, um an 33 Ständen den Bürgerinnen und Bürgern unsere Konzepte vorzustellen und zu diskutieren. Immer dabei als Blickfang: Der knallgrüne, erdgasbetriebene Opel Zafira.

BILDUNG, BETREUUNG UND ENERGIE IM MITTELPUNKT

Mit unseren 21 Konzepten als Grundlage konnten wir den hessischen Bürgerinnen und Bürgern zeigen, wie wir Hessen von dem schwarz-gelben Still-

stand befreien und wieder auf den Weg Richtung Fortschritt bringen können. In den spannenden und interessanten Gesprächen an den Ständen wurde deutlich, welche Themen die Menschen in Hessen besonders beschäftigen. Viele Menschen, die zu unseren Ständen kamen, ärgern sich über die Unklarheit in der Bildungspolitik und wünschen sich sichere Betreuung- und Bildungsperspektiven für ihre Kinder.

Ein weiteres großes Thema war wenig überraschend die Energiepolitik. Auch hier sind die Hessinnen und Hessen entnervt von der Untätigkeit und dem Lavieren der Landesregierung. Seit dem Hessischen Energiegipfel hat es keinerlei Fort-

schrift gegeben, obwohl die Situation zu Beginn äußerst günstig war, um die Energiewende mit Nachdruck anzugehen. Mit unseren Konzepten konnten wir demonstrieren wie eine neue, grüne Politik aussehen kann, die auf klaren Grundsätzen und Ideen aufbaut.

SCHULDENLAST ABBAUEN

Für viel Skepsis hinsichtlich der Möglichkeiten der Politik sorgt der gigantische Schuldenberg, den Schwarz-Gelb aufgetürmt hat. Wir haben aber auch hier einen klaren Plan vorgelegt, wie gleichzeitig Schulden abgebaut und GRÜNE Ziele erreicht werden können.

IMPRESSIONEN



KURZ NOTIERT

PERSONALIEN

Unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Kordula Schulz-Asche wird sich nicht wieder zur Wahl im Hessischen Landtag stellen und sich stattdessen für ein Bundestagsmandat bewerben.

„Die Jahre im Hessischen Landtag waren für mich eine interessante und lehrreiche Zeit, besonders durch die Kontakte mit Bürgerinnen und Bürgern. Ich bin kein politischer ‚Lautsprecher‘, sondern mein Prinzip war und ist, den Menschen zuzuhören und gemeinsam mit ihnen Lösungen zu finden. Dies werde ich auch in Zukunft so halten. Aber in zehn Jahren im Landtag stößt man erst immer wieder

und im Verlaufe der Zeit immer häufiger an Grenzen der Landespolitik. Dies gilt in besonderem Maße für meine ‚Herz- und Magenthemen‘ Gesundheits- und Entwicklungspolitik. Hier möchte ich mich gerne in Zukunft, auf meinem Wissen und Erfahrungen aufbauend, im Bundestag engagieren.“

KONZEPTE

Konzepte für Hessen: Mit Grün geht's besser. Alle Konzeptpapiere unserer Fraktion auf einem Blick gibt's auf unserer Homepage. Reinklicken lohnt sich. <http://www.gruene-hessen.de/landtag/konzepte-fuer-hessen/>

IMPRESSUM

Herausgeberin

Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582

V.i.S.d.P.

Mathias Wagner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout: Till Haupt

Fotos: Eigene, pixelio.de

Druck: November 2012